

Das Gegenteil von Landnahme

VON GREGOR MAYNTZ

Der 4. April 2023 ist für die Nato nicht irgendein Tag. Genau 74 Jahre zuvor hatten sich zwölf Staaten zum nordatlantischen Verteidigungsbündnis zusammengeschlossen. Am Jahrestag hisste die Nato die Flagge Finnlands als ihres 31. Mitgliedslands. Als „Landnahme“ versuchen Kritiker diesen Vorgang zu diskreditieren. Das geht oft einher mit Verständnis für Wladimir Putins Märchen, sein „Vorgehen“ gegen die Ukraine sei als Abwehr gegen das aggressive „Einschnüren“ Russlands durch die Nato zu werten. Hier verkehren sich Wirklichkeit und Wahrnehmung. Was der Versuch einer „Landnahme“ ist, zeigen die russischen Truppen täglich mit Raketen, Artillerie und tödlichen Attacken auf fremdem Territorium. Was das Gegenteil ist, belegt der Beitritt Finnlands zur Nato. Ob als Folge auch nur ein einziger Nato-Soldat auf finnischem Territorium stationiert wird, entscheiden allein die Finnen. Und das soll „Landnahme“ sein?

Die Nato-Strategie hat sich in den 74 Jahren stark verändert: von massiver Vergeltung zur Stabilität durch Partnerschaft. Sie war zur Jahrtausendwende getragen von der Erwartung, Russland Teil einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur werden zu lassen. Es ist nicht das einzige gescheiterte Projekt. Die Einsätze in Afghanistan und Libyen stehen für Zweifel an der Weitsicht der Nato, bald 15 Monate Krieg in der Ukraine für den tragischen Irrtum Angela Merkels und Nicolas Sarkozys, mit dem Verzögern des ukrainischen Nato-Beitritts Russland friedlich stimmen zu können.

Der 4. April 2023 lässt auch Zweifel an der Binnensolidarität aufkommen. Denn eigentlich hätte neben der finnischen auch die schwedische Flagge wehen sollen. Ausgerechnet in Zeiten des Krieges in Europa stellen Ungarn und die Türkei innenpolitisches Kalkül über gemeinsame Sicherheit. Sie möchten wohl selbst auch nicht so behandelt werden.

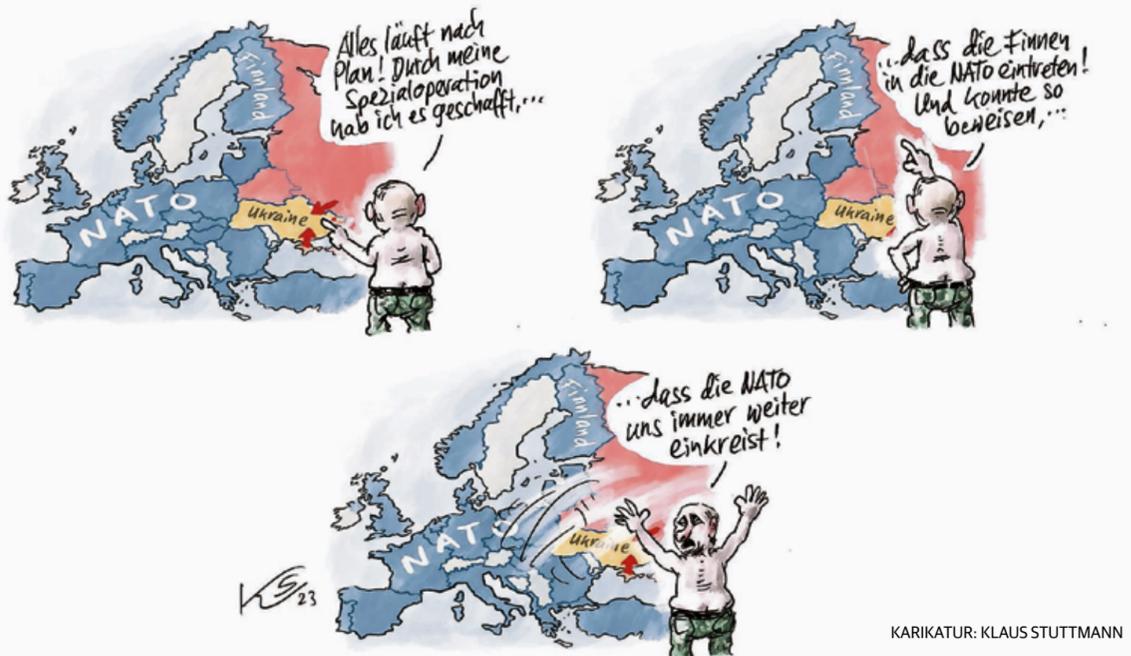
Gegen Armut hilft nur Bildung

VON BIRGIT MARSCHALL

Von der grünen Familienministerin Lisa Paus ist zum Thema Kindergrundsicherung bislang nur ein schmales „Info-Papier“ bekannt, das sie im Januar veröffentlicht hat. Es ist nur zu verständlich, wenn der Finanzminister darin keine ausreichende Grundlage für die Kalkulation der Kosten der neuen Leistung sieht, die den Bundeshaushalt mit zusätzlichen Milliarden belasten wird. Die Koalition sollte hier nicht den zweiten Schritt vor dem ersten gehen. Zunächst muss sich die Ampel über das konkrete Konzept der Kindergrundsicherung überhaupt erst einig werden, um im nächsten Schritt über dessen Finanzierung sprechen zu können. Die Suche nach den nötigen Milliarden unter der Maßgabe der Schuldenbremse ist dann nicht allein die Aufgabe von Finanzminister Christian Lindner (FDP), sondern die der gesamten Koalition.

Es ist ja unbestritten, dass Kinder aus armutsbedrohten Haushalten in Deutschland nicht die gleichen Chancen haben wie andere Kinder. Sie aus der Armutsgefährdung zu holen, ist ein großes und nachvollziehbares Vorhaben. Viele Betroffene wissen zum Beispiel nicht, dass der Staat ihnen mit einem – zu gegeben geringen – „Teilhabe“-Zuschuss hilft, damit auch ärmere Kinder in Sportvereine oder zum Musikunterricht gehen können. Die Leistung wird schlicht zu wenig beansprucht. Mit der Einführung einer Kindergrundsicherung, die bisherige Leistungen bündelt, soll sich das ändern. Das ist gut so.

Man darf sich jedoch nicht der Illusion hingeben, dass mit dieser Reform Kinderarmut wirkungsvoll bekämpft würde. Besser als neue und höhere Transferleistungen wäre die echte Ursachenbekämpfung. Kinderarmut ist vor allem darin begründet, dass die Eltern nicht in der Lage sind, genügend Geld zu verdienen, oder erwerbslos sind. Und hier geht es wieder um Bildung, Bildung, Bildung.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Die Weltgesundheitsorganisation wird in diesen Tagen 75 Jahre alt. Außer mit Erfolgen wie der Ausrottung der Pocken macht die WHO auch mit peinlichen Skandalen von sich reden. Corona stürzte sie in die tiefste Krise.

Die angeschlagene Heilerin

VON JAN DIRK HERBERMANN

Im September 1947 suchte die Cholera Ägypten heim. Die Seuche wütete besonders schlimm in den dicht besiedelten Armenvierteln. Ein Schiff mit Pilgern durfte den Hafen von Suez nicht verlassen. Die Durchfallerkrankung raffte mehr als 10.000 Menschen hin. Am Kampf gegen die Cholera beteiligte sich auch die Vorgängerin der noch höherer Opferzahl. Der Cholera-Ausbruch machte noch einmal klar: Bei Gesundheitskrisen ist internationale Zusammenarbeit überlebenswichtig.

Am 7. April 1948 begann dann die neue Weltgesundheitsorganisation ihre Mission als Heilerin der Welt. Nun feiert sie also ihr 75-jähriges Bestehen. Doch das Jubiläum bietet keinen Anlass zu großen Feiern. Die Corona-Pandemie ist immer noch nicht überstanden. Malaria, Aids und andere Plagen lassen sich nicht ausmerzen. Auch macht der WHO noch die Ebola-Seuche in Westafrika zu schaffen: Sie forderte ab 2013/14 rund 11.300 Menschenleben. Peter Piot, der Mitentdecker des Ebola-Erregers, warf der Weltgesundheitsorganisation vor, angesichts der Gefahr viel zu spät aufgewacht zu sein.

Zudem schlagen in der Bilanz diverse Skandale zu Buche. So musste die Organisation diesem März neue Richtlinien gegen sexuelle Übergriffe festlegen: Mitarbeiter hatten während eines Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo Frauen missbraucht. Die WHO gab „abscheuliche“ Fälle zu. Ebenso sah man sich diesen März gezwungen, den langjährigen Regionaldirektor für den Westpazifik, Takeshi Kasai, zu entlassen. Mitarbeitende werfen ihm Mobbing und rassistische

Sprüche vor. Auch die Partnerschaft der WHO mit dem umstrittenen Weltfußballverband Fifa löst weithin Kopfschütteln aus.

Eigentlich hatte WHO-Chef Tedros bei seinem Amtsantritt 2017 in Genf einen Aufbruch versprochen. Tedros, ein früherer Außen- und Gesundheitsminister Äthiopiens, übernahm als erster Afrikaner den Job des Generaldirektors. Der Malaria-Experte gelobte damals, aus der schwerfälligen, überbürokratisierten Organisation eine „effektive, transparente und verantwortliche Agentur“ zu formen. Er wollte die WHO „fit für das 21. Jahrhundert“ machen. Unter Tedros schickte die Organisation mit 194 Mitgliedsländern und 8000 Mitarbeitern mehr und mehr Hilfstteams in Krisen- und Konfliktgebiete wie etwa die Ukraine sowie die Erdbebengebiete in Syrien und der Türkei.

Auf seine Prioritätenliste setzte Tedros ein ehrgeiziges Ziel: „Gesundheit für alle“. Jeder Mensch soll bis 2030 Zugang zu Grundversorgung haben. Noch immer aber sind große Teile der Erdbevölkerung von der Versorgung ausgeschlossen. Zumal in den armen Ländern prinzipiell heilbare Leiden wie Tuberkulose oft ein Todesurteil sind. An der bakteriellen Infektionskrankheit starben 2021 rund 1,6 Millionen Menschen.

Doch Initiativen wie „Gesundheit für alle“ müssen auf das Wohlwollen und die Kooperationswilligkeit der Mitgliedsländer stoßen. Denn: Die WHO kann den Staaten keine Anweisungen geben. Ein Problem ist zudem die chronische Unterfinanzierung: Für 2022 und 2023 beläuft sich der globale Programm-Haushalt der WHO auf 6,7 Millionen US-Dollar (6,2 Millionen Euro) – das entspricht in etwa dem Budget eines großen Krankenhauses in den USA.

Ende 2019 nahm dann die Corona-Pandemie ihren tödlichen Lauf. Mit

INFO

WHO soll zum Wohle aller Menschen wirken

Charta Die WHO-Verfassung trat vor 75 Jahren in Kraft. Zuvor hatte eine Staatenkonferenz die Charta beschlossen. Die internationale Koordinierungsbehörde für öffentliche Gesundheit mit Sitz in Genf sollte nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue Ära mitgestalten, eine Ära zum Wohle der Menschen. So lautete das Credo der Gründerstaaten. „Die Gesundheit aller Völker ist eine Grundbedingung für den Weltfrieden“, heißt es in der WHO-Verfassung. Der Zweck der WHO „besteht darin, allen Völkern zur Erreichung des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu verhelfen“.

Pocken Anlässlich des 75. Jubiläums listet der jetzige Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus die Erfolge der Organisation auf. So half die WHO-Antitabak-Konvention von 2005, das krebserregende Rauchen einzudämmen. Impfkampagnen bewahrten Millionen Menschen vor dem frühen Tod. Eine dieser Kampagnen führte 1979 zur Ausrottung der Pocken – allein im 20. Jahrhundert starben 300 Millionen Menschen an der Krankheit. „Der Sieg der Menschheit über die Pocken zeigt, was möglich ist, wenn die Nationen gemeinsam eine gesundheitliche Bedrohung bekämpfen“, sagt Tedros.



WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus. FOTO: DPA

tendrin: die WHO. Sie übernahm in Einklang mit den internationalen Gesundheitsvorschriften koordinierende Aufgaben, trieb die Entwicklung eines Impfstoffs voran, lieferte Schutzbekleidung, trainierte Pflegekräfte. Im Krisenzentrum in Genf beobachteten der WHO-Chef und sein Team auf Monitoren den Vormarsch des Erregers.

Doch büßte die Organisation durch Ungeschicklichkeiten und Versäumnisse Glaubwürdigkeit und Autorität ein – ihr wichtigstes Kapital. Beispiele sind widersprüchliche Aussagen von Funktionären zum Maskentragen und das Zögern, einen internationalen Gesundheitsnotstand auszurufen. „Die WHO verfolgt keine klare übergeordnete Strategie im Kampf gegen die Pandemie“, urteilte Jeremy Youde, Sozialwissenschaftler von der University of Minnesota in Duluth, USA: „Das ist das größte Versagen der WHO.“

Die größten Schnitzer unterliefen der Führung im Verhältnis zu China. Tedros überschüttete das Land zu Beginn der Covid-Krise mit Lob, auch für seine „Transparenz“. Noch Ende Januar 2020 behauptete er: „China setzt derzeit neue Maßstäbe bei der Reaktion auf einen Ausbruch.“ Tatsächlich unterdrückte China Informationen, zensierte Berichte, hielt Material zurück – etwa über den genetischen Code des Erregers.

Für den damaligen US-Präsidenten Donald Trump erwiesen sich die WHO und Peking als ideale Sündenböcke, um von eigenem Versagen im Kampf gegen die Pandemie abzulenken. Die Weltgesundheitsorganisation geriet zwischen die Fronten der mächtigen Rivalen USA und China. Trump leitete den Austritt der USA aus der Organisation ein. Sein Nachfolger Joe Biden stoppte den Austrittsprozess. Und WHO-Chef Tedros glückte 2022 in der Weltgesundheitsversammlung trotz der Pandemie die Wiederwahl. Seitdem wirbt er für die Verabschiedung eines Pandemievertrages: Dieser soll die Welt und ihre Gesundheitsorganisation besser für einen neuen Seuchenausbruch rüsten.

WISSENSDRANG

Neuerdings beschäftigen Verlage sogenannte Sensitivity Reader: Leute, die Romane oder Sachbücher nach allem durchschnüffeln, was Anstoß erregen könnte. Nicht nur das N-Wort, auch die Figur eines unsympathischen Homosexuellen oder abwertende Beschreibungen wie „fett“ oder „hässlich“ könnten ein Ärgernis werden.

Diese neue Form der Zensur gibt Rätsel auf, denn sie passt so gar nicht zu dem, was wir von Literatur erwarten. Erstens widerspricht sie dem künstlerischen Anspruch vieler Autoren, die moralischen Erwartungen ihrer Leser zu durchkreuzen, gegen den Zeitgeist anzuschreiben. Schließlich ist es nicht Aufgabe der Kunst, es allen recht zu machen. Zweitens werden Klassiker als historische und zeitgebundene

Die neue Zensur

Werden Bücher auf politisch inkorrekte Inhalte geprüft, ist das kunstfeindlich.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Werke verfälscht. Man kann sich kein Bild mehr von den Haltungen vergangener Autoren machen, wenn ihre rassistischen, sexistischen und sonstigen aus heutiger Sicht befremdlichen oder gar verwerflichen Haltungen einfach wegzensiert werden. Und drittens haben unterschiedliche Leserinnen und Leser auch unterschiedliche Erwartungen. Die einen mögen Kraftausdrücke, die anderen nicht. Nun würden wir von keinem Restaurant erwarten, sich bei allen Gerichten nach dem Geschmack derjenigen zu richten, die zu empfindlich für scharfe Gewürze sind – schließlich ist ja keiner gezwungen, das scharfe Gericht zu bestellen. Das gilt aber auch für Bücher. Kein Kunde wird gezwungen, einen Roman zu kaufen und durchzulesen, der ihm auf die Nerven geht.

Wie kommt man also auf die schräge Idee einer Sensivity-Zensur? Weil es für die Verlage geschäftsschädigend ist, wenn sich jemand aufregt. Während früher von jedem erwartet wurde, seine (auch sprachlichen) Empfindlichkeiten nicht so ernst zu nehmen, gehört es heute zum guten Ton, sich öffentlich zu empören und zu fordern, dass ein sprachliches Ärgernis aus dem öffentlichen Diskurs verschwindet. Solange es kein Heilmittel gegen das Gekränktheitstheater gibt, hilft auch das Schimpfen auf eine kunstfeindliche Verlagspolitik nicht.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.